



PROGRAMM

---

# KULTUR. GUT?

---

GRÜNE SOMMERKONFERENZ ZUR  
KULTURPOLITIK IN BRANDENBURG



## Inhaltsübersicht

Grußwort der Landesvorsitzenden	2
Workshop: Höchste Zeit für eine neue Zeitkultur?	3
Workshop: Religionskultur: Mehr Religion wagen?	6
Workshop: Chancen für die Kreativwirtschaft	9
Workshop: Kultur bildet – von Anfang an und lebenslang	11
Impressionen vom künstlerischen Warm-Up	13
Workshop: Heimatkultur: Zuhause sein und heimisch werden	14
Workshop: Demokratiekultur – wo und wie wird sie erlernt?	16
Workshop: Erinnerungskultur: Wie viel Licht brauchen die Schattenseiten?	18
Workshop: Baukultur in Brandenburg	20
Workshop: Wie können sich klamme Kommunen Kultur leisten?	23



Liebe Leserin, lieber Leser,

so kreativ und inspirierend wie der Ort - das Neue Atelierhaus Panzerhalle in Groß Glienicke - so vielfältig und anregend waren auch die Diskussionen auf der bündnisgrünen Sommerkonferenz 2015 zur Kulturpolitik in Brandenburg "Kultur. Gut? "



In neun Workshops wurde intensiv nachgedacht und debattiert, welche Bedeutung Kunst und Kultur für uns und unser Land haben und wie wir sie weiter entwickeln und besser fördern können. Dabei haben wir die Konferenz bewusst unter einen offenen Kulturbegriff gestellt: Kulturelle Bildung, Erinnerungskultur und Baukultur waren ebenso Thema wie die Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff und die Förderung der Kultur vor Ort - auch in Zeiten knapper Kassen. Auch neue Entwicklungen durch die Kreativwirtschaft und die neuen Medien wurden beleuchtet. Und schließlich haben wir den Bogen geschlagen zur Rolle der Religionsgemeinschaften, zum Umgang mit Zeit in unserer Gesellschaft und zur Zukunft der Demokratie.



Brigitte Faber-Schmidt, Kulturland Brandenburg

werden. Am Nachmittag radelte Michael Cramer mit großer Entourage auf der "Mauerradtour", einem Stück gelebter Erinnerungskultur, vorbei und am Abend klang der Tag mit einem schönen Fest, leckerem Essen und Life-Musik vom "Paul Teschner Love Orchestra" unter den alten Bäumen aus.

Dieser Reader will einen kleinen Einblick in die Konferenz vermitteln und die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen in den Workshops festhalten. Denn klar ist: Die Sommerkonferenz "Kultur. Gut?" war nur ein Anfang. Die Debatte über bündnisgrüne Kulturpolitik in Brandenburg muss weitergehen. Teilhabe an Kunst und Kultur für alle ist eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige, zukunftsorientierte Gesellschaft braucht eine starke kulturelle Infrastruktur, kulturelle Bildung und eine aktive Kulturpolitik.

Bei allen Vorträgen und Diskussionen kam aber auch die Kunst selber nicht zu kurz. Die Klaviermusik von Tobias Thiele eröffnete stimmungsvoll den Tag, viele Ateliers waren geöffnet und vermittelten einen beeindruckenden Einblick in das Schaffen der Künstlerinnen und Künstler der Ateliergemeinschaft. In der Mittagspause galt dann das Motto "Jeder Mensch ist ein Künstler" und es gab die Gelegenheit, unter Anleitung der Künstlerinnen des Atelierhauses Birgit Cauer und Antje Pentrop selbst kreativ zu



Birgit Cauer und Bettina Schilling, Atelierhaus Neue Panzerhalle

Herzlichst

*Reha Bräke*

## Workshop: Höchste Zeit für eine neue Zeitkultur?

Moderation: Petra Budke,

Protokoll: Sabine Albrecht

Referentinnen:

- Elke Großer: Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik
- Gesine Agena: Bundesvorstand und frauenpolitische Sprecherin, seit längerer Zeit an dem Thema, insbesondere mit Vorschlag im Länderrat, geht daran konkrete Instrumente zu entwickeln

Elke Großer von der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP) beschreibt die Arbeit der DGfZP, diese existiert seit 2002 und hat gut 100 Mitglieder. Die Gesellschaft ist zwar wissenschaftlich ausgerichtet, hat jedoch auch UnternehmerInnen und PraktikerInnen unter ihren Mitgliedern. Halbjährlich wird das Zeitpolitische Magazin mit verschiedenen Schwerpunktthemen herausgegeben, dieses findet sich auch zum Download unter: <http://www.zeitpolitik.de/zeitpolitikmagazin.html>

Für Großer und ihre KollegInnen steht fest, dass jede Gesellschaft eine eigene Zeitkultur mit eigenen Zeitvorstellungen und Zeiterfahrungen hervor bringt. In afrikanischen Gesellschaften sind dies häufig ‚Warten und Geduld‘, ganz anders als bei uns, die wir seit Jahrhunderten auf Beschleunigung ausgerichtet sind.

Die westliche Welt ist geprägt von einer Ökonomisierung der Zeit in der heutigen Gesellschaft - jede Minute ist kostbar und wird daher zu einem wertvollen Gut; immer schneller und immer mehr. Bisher gab es nur eine Senkung der Anzahl der ArbeitnehmerInnen. Dabei wird Arbeit in der Regel nicht weniger, sondern nur auf weniger Schultern verteilt. In modernen Firmen gilt die ‚Sofortness‘ – eine zugespitzte Form der Ungeduld. JedeR will sofort alle Informationen und



der Informationsgebende kommt beim Versuch diesem Anspruch gerecht zu werden immer mehr unter Druck.

Im engen Zusammenhang zum zunehmenden Druck in der Arbeitswelt stehen psychische Erkrankungen. Personen, die langsamer sind oder scheinen (dies ggf. krankheitsbedingt), erfahren häufig Diskriminierung und sind in der Gesellschaft als „Looser“ stigmatisiert.

Dieser Zeitdruck wirkt sich auch auf Kinder und Jugendliche aus, jedes 6. Kind, jeder 5. Jugendliche leidet laut der Stressstudie (2015) unter selbigem. Neben hohen Anforderungen an die Jugendlichen, immer verbunden mit ihrer Zukunftsperspektive, geht der Stress von den Eltern auf die Kinder über.

Zeitpolitik fordert einen ökologisch-sozialverträglichen Umgang mit der Zeit und eine veränderte Zeitkultur für mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität.

Zeitwohlstand bedeutet, den Bedürfnissen der Menschen und der Natur vor der Ökonomie den Vorzug zu geben.

Die DGfZP hat ein Konzept zum Zeitwohlstand entwickelt:

Bisher wurde Wohlstand immer als Güterwohlstand gesehen und die Zeit dabei immer knapper: daher die Forderung der Neuorientierung, weg vom Güterwohlstand.

Das Konzept umfasst vier Komponenten:

- ausreichend Zeit für eigene Bedürfnisse
- gemeinsame Sozialzeit (regelmäßiger Feierabend, gemeinsame Pausen Wochenende, Urlaub der geregelte Ruhezustand). Gerade das Wochenende wird für Familien als wichtiges Gut empfunden
- selbstbestimmte Zeit
- entdichtete Zeit

Um diese Umorientierung zu erreichen gilt es viele gesellschaftliche Bereiche und deren Wahrnehmung bzw. Wertschätzung zu verändern. Stichwort sind hier: Lebensqualität, Freiheit, Sicherheit, soziale Teilhabe und Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit - Zeitwohlstand soll sich als zweite Dimension von Wohlstand etablieren.

Gesine Avena, Mitglied des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen, stimmt Großher zu. Die vier benannten Faktoren zeigen, dass Zeitpolitik ein urgrünes Thema ist. Wir als Grüne widmen uns dem Thema intensiv seit 2013 und arbeiten an breiten Visionen und konkreten Konzepten für die Neuaufteilung von Zeit, in Familien und durch sich verändernde Rollenbilder.



Mit einer sich verändernden Gesellschaft muss auch die Arbeitswelt schritt halten. Gerade die „Carearbeit“ wird nicht geschätzt, hier gibt es deutlich geringere Entgelte als in anderen Berufen z. B. in der Industrie. Auch fehlt vielen Berufsgruppen die Zeit für ehrenamtliches Engagement in den verschiedensten Bereichen.

Wir wollen Visionen umsetzen und eine Zeitkultur für alle schaffen.. Das heißt, dass wir insbesondere auf Geschlechtergerechtigkeit achten und dabei einen Fokus auf Alleinerziehende setzen. Außerdem muss Zeitpolitik für alle da sein, nicht nur für die Oberschicht, sondern gerade auch für die Geringverdienenden. Schon Kinder sollen ein bewusstes positiveres Zeitgefühl kennen lernen, daher wollen wir die Schulzeit entschleunigen.

Die Bundestagsfraktion hat eine AG Zeitkultur, die an Instrumenten arbeitet:

- Familienzeit (für beide Elternteile, flexiblere Gestaltung)

- Grüne Pflegezeit – keine Lohnersatzleistungen, sondern kurze Auszeiten, die die Organisation von Pflege ermöglichen
- Neue Arbeitszeitmodelle, neue Definition von Vollzeit; Rückkehrrecht für Teilzeitarbeitende
- Unterstützung von Soloselbständigen (bei Krankheit oder Schwangerschaft); z. B. Überbrückung von Krankenzeiten
- Zeitguthaben für ArbeitnehmerInnen

## Workshop: Religionskultur: Mehr Religion wagen?

Moderation: Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag

ReferentInnen:

- Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und Leiterin der Kommission „Weltanschauungen; Religionsgemeinschaften und Staat“
- Martin Vogel, Referent von Landesbischof Markus Dröge der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Frieder Otto Wolff, Präsident des Humanistischen Verbandes Deutschlands
- Dr. Martina Köppen, Leiterin des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg

Protokoll: Karsten Wundermann

Einführung von Axel Vogel:

Wir leben in keinem völlig säkularen Staat, Eröffnungsgottesdienste/ Feiergottesdienste gehören zu vielen Gedenk- und Feiertagen, zu verschiedenen Anlässen in Deutschland dazu. Auch nehmen die Kirchen soziale Aufgaben wahr, wie z.B. die Betreuung von Flüchtlingen. Jedoch



Axel Vogel, Frieder Otto Wolff

scheinen gerade die BrandenburgerInnen weniger religiös bzw. mit den Kirchen verbunden, so sind nur 20% von ihnen Mitglied in einer Religionsgemeinschaft. Es gibt auch in der Politik weitere Schnittmengen, z.B. Mitglieder der Regierung, die auch als Kirchenmitglieder auftreten.

Martin Vogel, plädiert als Mitglied der evangelischen Kirche für „Mehr Religion wagen in Brandenburg!“. Eine „a-

religiöse“ Gesellschaft sei global völlig untypisch und Brandenburg ist aus seiner Sicht auch keine. Die geringe Zahl der Mitglieder in Religionsgemeinschaften ist durch die Nachwirkungen der DDR zu begründen. Gerade unser Grundgesetz ist für religiöse Menschen sehr wichtig, hier gilt das Recht auf freie Religionsausübung und das Recht auf Freiheit von Religionen. Hier gab es eine wichtige Entwicklung mit der Trennung von Staat und Religion 1919, die jedoch keine Verbannung von Religion aus dem gesellschaftlich-politischen Kontext zur Folge hatte.

Dr. Martina Köppen, Vertreterin des katholischen Büros hat die Erfahrung gemacht, dass sich viele Gemeinden immer noch auf Grund ihrer „Ost-Erfahrung“ abschotten und sich nur langsam stärker in ihr gesellschaftliches Umfeld einbringen. Gerade Kinder in Kitas und Schulen sollten mehr mit Religion in Berührung kommen. Auch hier muss die Nachwirkung der DDR beendet werden, denn Religion steht in der Gesellschaft als Antwort für die menschlichen Sinnfragen.





Außerdem ist das Staatskirchenrecht von allen Religionen und vom Humanistischen Verband anerkannt und gewünscht. Die Kirchen sind keine „Selbstkultivierer“.

Frieder Otto Wolff, Präsident des Humanistischen Verbandes, sieht dies kritisch. Er fragt, ob jeder getaufte auch religiös ist – und wünscht sich produktive Dialoge. Gerade die Trennung von Kirche und Religionsgemeinschaften ist ihm wichtig. Nur Christen sind in Kirchen organisiert. Daher

fordert er auch „Kirche“ im Staatskirchenrecht durch Religionsgemeinschaften zu ersetzen. Dies vor allem unter dem Aspekt der Gleichbehandlung der Religionen.

Die angesprochene negative Nachwirkung der DDR sieht er skeptisch. Für ihn steht die Frage im Vordergrund, wie kann das „Gute, Wahre, Schöne“ aus der Gesellschaft heraus kultiviert werden? Für Wolff ist die Kirche nicht Sachwalter des „gesellschaftlichen Sinns“.

Bettina Jarasch, Leiterin der bündnisgrünen Kommission „Weltanschauung, Religionsgemeinschaften, Staat“ stellt die Arbeit aus Sicht der Partei dar. Für sie ist eine breite, gesellschaftliche Zusammensetzung wichtig. Gerade Grüne WählerInnen sind überwiegend christlich und Religion ist immer eine Identitätsfrage, die bei jeder und jedem sehr persönliche Punkte berührt. Jarasch plädiert für einen offenen und transparenten Umgang mit Religion und Fragen der Glaubensgemeinschaften – so wie er in Deutschland betrieben wird. Für sie ist z.B. Frankreich mit einer Art versteckten Lobbyismus der Kirchen kein Vorbild. Sie setzt auf die Kirchen und ihre Gläubigen, denn Kirchen sind auch ein Ort der offenen, kritischen Auseinandersetzung mit dem Glauben. Öffentlichkeit ist für Jarasch ein Faktor, um Radikalisierung zu verhindern – gerade die Diskussionen, die nicht geführt werden, sind gefährlich.



Bettina Jarasch, Leiterin der grünen Kommission „Weltanschauungen; Religionsgemeinschaften und Staat“

Handlungsbedarf besteht für sie im Bereich des kirchlichen Arbeitsrechts und der Finanzierung. Reformen für mehr Transparenz und Gleichbehandlung sind notwendig.

Im Rahmen der Diskussion wurden folgende Punkte hervorgehoben:

- Heute gelten auch „Naturwissenschaften“ und „Märkte“ als Religionen und Ersatzgötter.
- Religion gibt Halt und motiviert: „Verlusterfahrungen“ und die Erfahrung einen „Gegenüber“ zu haben.
- Auch bei Biologie und evolutionärer Entstehung der Erde ist der Mensch „notwendig gläubig“ um leben zu können.
- Grüne und Kirchen haben sehr große thematische Schnittmengen: gerade bei Kirchentagen ist das Interesse an Armut, Gerechtigkeit und Umweltschutz hoch aktuell.
- Glaube und Selbstvertrauen lassen sich auch außerhalb von Religionsgemeinschaften finden.

- Die Fragen des Glaubens kann man nicht an andere delegieren – dass muss der Staat fördern/ eine Plattform bieten und sich dabei neutral verhalten – dazu dienen die Religionsgemeinschaften.
- Kirchen sind wichtige soziale Funktionsträger.
- Grüne müssen nicht zwingend gläubig sein, dabei ist auch unter den grünen Christen eine stärkere Säkularisierung gewünscht.
- Religionsgemeinschaften sind notwendige Teilgruppen der Zivilgesellschaft.
- Es fehlen andere Rituale besonders für die Trauer – German Wings/ 0911 – hier gilt es neue Formen zu entwickeln.
- Eine offene religiöse Diskussion ist wichtiger Teil der öffentlichen Kultur – egal ob aus einer ablehnenden oder zustimmenden Haltung.
- Kirche ist oft Trägerin von Kultur in den Dörfern.

## Workshop: Chancen für die Kreativwirtschaft

Moderation: Thomas von Gizycki

Protokoll: Magdalena Westkemper

Referenten:

- Norbert Kunz, Geschäftsführer der Social Impact gGmbH
- Jörn Krug, Projektleiter des Gründungsservices an der Filmuniversität Babelsberg

Thesen/Kritik

Die Förderkultur im Land Brandenburg muss sich ändern. Bisher bietet sich ein Dschungel aus Förderstrukturen und Projekte stehen einem „Bürokratiemonster“ gegenüber. Das Top-Down-Prinzip ist nicht immer sinnvoll und effektiv. Gerade Politik und Verwaltung haben sich in vielen Bereichen vom „Möglichmacher“ durch komplexe Richtlinien zum „Blockierer“ entwickelt.

- Forderung: Förderung sollte von den Projekten abhängig gemacht werden, nicht andersrum!

Brandenburg steht im starken Wettbewerb mit Berlin. Durch überflüssige Bürokratie wird die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und die Nutzung von Förderinstrumenten für Kleinunternehmen unattraktiv, denn Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis zu einander.



- Forderung: Gestaltungsräume zum Bürokratieabbau größtmöglich nutzen, z.B. durch unternehmerische Selbstauskunft statt zahlreicher Kontrollen, Dokumente und Bescheinigungen von Wirtschaftsprüfern im Programm Innovationsgutschein. Rückkehr zu 70%-Zuschuss im großen Innovationsgutschein für innovative Klein- und Kleinunternehmen.
- Forderung: Abbau von doppelten Strukturen in der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) (Cluster vs. Branchenteams), sowie zwischen ZAB, Investitionsbank Brandenburg (ILB) und dem Ministerium für Wirtschaft und Energie Brandenburg.
- Forderung: In der gegenwärtigen starken Abhängigkeit von EU-Mitteln, sollte die brandenburgische Verwaltungsbehörde des europäischen Strukturfonds (ESF) unter besonderer Kontrolle stehen, damit nicht weiterhin willkürliche Entscheidungen dieser Verwaltung Prozesse in allen Teilen des Landes lahmlegen (u.a. Beispiel Förderung Hochschul-Gründungsservices).

Brandenburg ist ohne Berlin kulturell und wirtschaftlich nicht denkbar. Studierende überschreiten täglich die Landesgrenzen, werden aber als Alumni und Startups nicht in Brandenburg gehalten. Es fehlt eine klare Willkommenskultur in Brandenburg und die Vorstellung, welche kreativen Gründungen an welchen Orten besonders willkommen sind. Insbesondere für die sehr heterogene Kreativwirtschaft müssen differenziertere kommunale Konzepte zur Ansiedlung geschaffen werden. Die Clusterstrategie ist zu allgemein und kann

kaum als Richtschnur für lokales Handeln dienen. Neben der Förderstruktur muss auch die allgemeine Infrastruktur stimmen.

- Forderung: Mehr Transfer zwischen den Bundesländern zulassen, u.a. durch einen Ausbau des ÖPNV (z.B. halbstündige doppelstöckige Bahnen in die Medienstadt, Anbindung der attraktiven City West in Potsdam mit der Medienstadt durch eine verlängerte Tramverbindung).
- Forderung: Bezahlbare Studierendenwohnungen an den großen Ausbildungsstätten.
- Forderung: Neue Projektstipendien mit Zielstellung Ansiedlung nach dem Vorbild des Cast & Cut-Stipendiums in Niedersachsen. Ergänzend Büroraumförderung für Startups.
- Forderung: Regionale Kreativwirtschaftsstrategien formulieren unter Beteiligung aller Akteure: Wirtschaftsförderung, Verbände, Unternehmen, Hochschulen (Arbeits- nicht Leitungsebene!).

In der Kreativwirtschaft gibt es noch weitere Problemstellungen, hier bekommen häufig große Unternehmen Förderung und die kleinen fallen hinten über, da ihnen das juristische Fachwissen fehlt. Viele im Kreativbereich arbeitende kennen die Fördermöglichkeiten nicht bzw. können sie Strukturen nicht durchdringen. Die Förderung muss auch in die Fläche gehen, gerade im kleinen sozialen Raum können kleine Projekte wie der ‚Dorfkümmerer‘ viel bewirken (<http://entersocial.de/dorfkuemmerer/>).



- Forderung: Kreative und Innovative fördern statt Großunternehmen wie Zalando und Co.!

Handlungsmöglichkeiten:

Brandenburg bietet viele spannende Räume und Platz für Kreativität, dies sollte mehr genutzt werden. Dem gegenüber steht Berlin mit wenig Raum und steigenden Lebenshaltungskosten. Auch die jungen Brandenburger Studierenden sollten im Land gehalten werden. Durch attraktive Studienbedingungen und vielseitige Unterstützung (z.B. Stipendien). Um dies zu ermöglichen ist es wichtig Prozesse von unten zuzulassen und zu bestärken, genauso wie das Fachwissen vor Ort zu nutzen. Denn die Kreativwirtschaft ist auch eine Chance für die ländliche Entwicklung.

Fazit:

In Brandenburg ist die Nachfrage da, nur die Angebote fehlen. Denn gerade die Kreativen und Künstler sind für ein modernes und junges Brandenburg von großer Bedeutung.

## Workshop: Kultur bildet – von Anfang an und Lebenslang

Moderation: Frauke Havekost

Protokoll: Wolfgang Seelbach

ReferentInnen:

- Ulrike Erdmann, Projektleiterin Plattform Kulturelle Bildung, Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, Kulturland Brandenburg
- Tina Balla, Referentin für Kunst und Theater im Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V. /Landesvereinigung Kultureller Kinder- und Jugendbildung e.V.

Ulrike Erdmann von der Plattform „Kulturelle Bildung“ berichtet von der Entwicklung des Projektes seit seinem Start 2009.

Inzwischen gibt es mehrere Regionalbüros, diese sind in Lübbenau, Eberswalde und Potsdam. Ihre Aufgabe ist es für mehr Vernetzung der Projekte zu sorgen, Informationen bereit zu stellen, die Zusammenarbeit mit Schulen zu koordinieren. Kulturelle Bildung ist dabei kein Thema allein für Kinder und Jugendliche, so beschäftigen sich Menschen jeder Altersgruppe mit



Kultur und erwerben dabei neues Wissen. Partner der Kulturellen Bildung sind dabei in erster Linie Künstler, Kulturschaffende und Schulen, wobei hier die LehrerInnen als MultiplikatorInnen nötig sind. Außerdem die Verwaltung, Unternehmen, Stiftungen und Politik. Weitere Ziele bleiben die Vernetzung und die stetige Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Schulen. Außerdem soll ein Fonds für Kulturelle Bildung aufgebaut werden.

Tina Balla vom Verband der Musik- und Kunstschulen, Landesvereinigung kulturelle Bildung in Brandenburg ergänzt die Darstellung mit den Handlungsfeldern ihrer Organisation. Aktuell gibt es zahlreiche Projekte an über 60 Klassen, aber auch Landesprojekte wie „Jugend musiziert“ sowie die politische Arbeit –die Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ – sind Arbeitsschwerpunkte. Weiterhin werden Kunstschulen bei der gesetzlichen Anerkennung begleitet. Aufgabe der Kunstschulen ist auch, die Kinder und Jugendlichen auf die kommende Gesellschaft (2030/2040) vorzubereiten und in ihnen Kreativität und Flexibilität zu wecken, damit sie sich auf immer wieder neue Situationen einstellen können. Gleichmaßen sollen Werte sowie Verantwortungsgefühl in den Einrichtungen vermittelt werden. Die glückliche, freie Kindheit zeichnet sich durch freies Spiel, haptisches Erleben, elternfreie Zonen und durch Unabhängigkeit von den Medien aus. Kulturelle Bildung ist auch die Auseinandersetzung mit sich selbst. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Gestaltungsfreude, Weltoffenheit und demokratisches Agieren. Es ist auch immer die Auseinandersetzung mit sich selbst und die Frage, wie kann ich mich einbringen.

In der Diskussion gab es folgende relevanten Punkte:

Jugendliche können und sollten mittels Kunst und Kultur in das politische Handeln gebracht werden. Als problematisch gesehen wird, dass insgesamt Räume fehlen, die von der Kommune oder Trägern zur Verfügung gestellt werden. In vielen Orten fehlt Wertschätzung, bzw. kommt es zu leider nur wenig Austausch zwischen sich ansiedelnden KünstlerInnen und den weiteren EinwohnerInnen. In manchen Gemeinden steht dem Anspruch eines freien Kulturbegriffes im Rahmen eines freien Gebäudes ein rigides Verordnungssystem gegenüber (Brandschutz, Anträge). Grundsätzliches Ziel aller Bemühungen der politischen Bemühungen muss es sein, dass die Arbeit verstetigt wird. Projektorientiertes Agieren, wie derzeit vielfach üblich, kann nicht die Grundlage des Handelns kultureller Bildung sein. Grundlage eines verstetigten Handelns bietet neben dem Aufbau von Kunstschulen und Einrichtungen der kulturellen Bildung, z.B. die Schnittstelle zur Schule und zu Kindergärten, hier können gemeinsame Handlungsfelder begründet und fortgesetzt werden – als sinnvolle und langfristige Unterstützung für die geistige und seelische Entwicklung der jüngeren Generationen. Positiv: Die neuen Rahmenpläne sehen als Querschnittfeld Kulturelle Bildung vor, so dass in der Schule Kulturthemen fachübergreifend vermittelt werden können und sollen. Schwierig ist, dass die Finanzierung von Angeboten der Kulturellen Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich nicht ausreichend untersetzt ist, hier ist politisch zu helfen. Seitens der Träger müssen zudem Kontakte zur Wirtschaft und zur Verwaltung auf kommunaler und auf Landesebene geknüpft werden. Ein weiteres Ziel: In Schulen und Verwaltung sollten Personen mit Ressourcen zur Koordination ausgestattet werden. Dann gelingen auch langfristig wirkende Projekte wie in der Europaschule Falkensee, die beispielsweise jährlich zweiwöchige Projektwochen hat. Weiterhin debattiert wurde die Frage der Qualität.



Mittagspause mit Nahrung für Leib und Seele mit saisonal-Regionalem aus dem Ökodorf Brodowin

Insgesamt zeigt sich: Viele erfolgreiche Beispiele zeigen, dass sich die Arbeit und Mühe im Bereich der kulturellen Bildung lohnt. Daher sollten die Argumentationslinien für kulturelle Bildung mehr Beachtung finden. Im Rückblick zu vor 15 Jahren ist einiges erreicht und hat sich viel entwickelt. Grundsätzlich aber fehlt nach wie vor der große Wurf und ist keine Linie, kein roter Faden erkennbar.

Impressionen des Künstlerischen Warm-Ups



## Workshop: Heimatkultur: Zuhause sein und heimisch werden

Moderation: Cornelia Behm, MdB a.d. Bündnis 90/Die Grünen  
Referenten:

- Hellmuth Henneberg, Journalist und Fernsehmoderator beim rbb
- Bernd Janowski, Geschäftsführer des Förderkreises Alte Kirchen e.V. (FAK)

Protokoll: Till Heyer-Stuffer

Einführung durch Cornelia Behm:

Die brandenburgische Heimatkultur ist durch die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen geprägt, erklärt Cornelia Behm in ihrer Einführung des Workshops. Brandenburg war ursprünglich von den Slawen besiedelt und die Sorben und Wenden leben die über Jahrhunderte hier entwickelte Kultur bis heute. Außerdem ist Brandenburg auch eine Heimat für Sinti und Roma. Schon früher wurde Brandenburg durch eingewanderte Minderheiten geprägt, wie durch die Flamen im Fläming oder die Hugenotten und Böhmen. Auch heute kommen Menschen zu uns, vor allem weil sie aus Krisen- und Kriegsgebieten flüchten. Sie alle suchten und suchen einen Ort, um in Sicherheit heimisch zu werden.

Vielfältig ist auch die Motivation der Teilnehmenden des Workshops: von Anregungen für ein lokales Heimatmuseum, Fragen nach der Identität und der Darstellung des Heimatbegriffs, aber auch kritisches Hinterfragen eines Heimatgefühls bei den Sorben bis zur Stadtkultur von Potsdam, um durch ein entsprechendes Marketing BesucherInnen anzulocken.

Bernd Janowski beschreibt, dass in den Brandenburger Dörfern sich das Verhältnis der Alteingesessenen zu den Zuziehenden im Laufe der Zeit geändert hat, da früher eher AusstelgerInnen auf's Land gezogen sind, heute eher z.T. gut betuchte Wochenendhaus-eigentümerInnen sich ansiedeln.



Das wirkt sich auch auf das „Heimatgefühl“ aus und führt zur Frage, was eigentlich „beheimatet sein“ bedeutet. Für ihn haben 25 Jahre Denkmalpflege in Brandenburg gezeigt, dass Heimatverbundenheit zu der „Kirche im Dorf“ oft eine Rolle spielt. Heimatgefühl ist je nach Zustand mehr oder weniger bewusst, Menschen werden sich „der Heimat“ meistens erst dann bewusst, wenn sie verlustig zu werden droht. Dies kann sich z.B. auch auf ein einsturzgefährdetes Baudenkmal beziehen. Dies wiederum kann zu solidarischen, heimatverbundenen Aktivitäten führen. Gerade in kleinen Orten, wo die Jugend wegzieht und bei vielen Häusern die Eigentümer wechseln, die dann auch das Grundstück und die Umgebung gestalten, entsteht auch das Gefühl, dass die „Zugezogenen“ manchmal „die Macht übernehmen“.

Den Eindruck, dass Heimat(gefühl) durch drohenden Verlust entstehen kann, bestätigt Helmut Henneberg. Er berichtet von seinen langjährigen Erfahrungen mit dem Land Brandenburg,

seiner Bewohner und deren Heimatgefühl. Heimat ist für ihn auch dort, wo man nützlich sein kann. Und so gleicht der Umgang mit den Sorben teilweise dem „Wegnehmen der Heimat“: Die letzte Kirche, die in Ostdeutschland gesprengt wurde, war die Kirche in Horno. Heimatgefühl hat viel mit Erinnerungen zu tun, diese wecken diverse Gefühle und so ist für ihn klar, dass es kulturell auch eine „Heimat DDR“ gab. Die Erinnerung an diese wird allerdings durch einseitige Darstellungen erschwert. Z.B. in der Musik, wenn Oldies aus der DDR gespielt werden, dann höchstens die Puhdys – alle anderen Gruppen und Genres werden außer Acht gelassen. Dieses Mustert lässt sich auch auf den Film, Literatur usw. anwenden. Er fasst diese Betrachtung mit der Formel „Heimat ist das was mal in mir war ...“ zusammen.



Im Lauf der anschließenden Diskussion wird deutlich, Heimat hat auch eine zeitliche Dimension. Neue Wohnorte werden erst dann zur Heimat, wenn die Geschichte des Ortes bewusst wird, wenn man eine Verbindung zur Umgebung erstellt. So gehören auch Verwandte und Freunde zur Heimat, wie Sprache, Dialekt. Heimat ist etwas, was keiner Erklärung bedarf, denn „man

kennt sich aus“, hier ist Heimat aktiv, die Herkunft passiv, Heimat heißt anzukommen, sich einzubringen. Gerade das, was Menschen hier suchen, aus welchen Gründen auch immer ihre Heimat verlassen haben: Anzukommen, von den schon heimisch Gewordenen aufgenommen zu werden und selbst heimisch zu werden.

## Workshop: Demokratiekultur – wo und wie wird sie erlernt?

Moderation: Clemens Rostock

Protokoll: Anja Wolff

ReferentInnen:

- Helena Stange, Mehr Demokratie e.V.
- Dr. Christian Huesmann, Bertelsmann Stiftung, Projekt „Vielfältige Demokratie gestalten“

Mit Blick auf die bundesweit und besonders in Brandenburg sinkende Wahlbeteiligung stellt sich nicht erst seit kurzem die Frage: "Demokratiekultur - wo und wie wird sie erlernt?" .

Um sich auf das Thema einzustimmen wurde der Film „Keine Wahl?“ der Böll-Stiftung gezeigt. Er zeigt Meinungen zum Thema Demokratie aus einem Eberswalder Wohnviertel mit geringer Wahlbeteiligung. Viele im Raum kennen solche Äußerungen, die der Demokratie, insbesondere aber der Wahlteilnahme sehr kritisch gegenüberstehen.



Daran anschließend führte Helena Stange aus dem Vorstand von Mehr Demokratie Berlin-Brandenburg e.V. die langfristigen Ziele ihres Verbandes aus und beschrieb ihre Vorstellung für eine Entwicklung zu einer politisch partizipativeren Gesellschaft. Um die Demokratiekultur zu stärken, möchte der Mehr Demokratie e.V. das Wahlrecht erweitern, die parlamentarische

Demokratie durch direktdemokratischer Verfahren ergänzen und insgesamt für mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen sorgen.

Dafür stellt Sie zunächst Vor- und Nachteile der parlamentarischen Demokratie dar. Die Vorteile liegen v.a. in der effizienten Bearbeitung von einer großen Anzahl von Gesetzen, der hohen Expertise, der finanziellen und persönlichen Ressourcen der Abgeordneten, die Möglichkeit komplexer Kompromisse und einer geringen Anfälligkeit gegenüber Populismus. Dem stehen aber auch Nachteile gegenüber. Parteien können eine Dominanz entwickelt und über Fraktionszwang oder andere disziplinarische Mittel Folgsamkeit der Abgeordneten erzwingen. Eine geringe Zahl an Abgeordneten ist leichter zu beeinflussen als das gesamte Volk (Lobbyismus). Zum Zeitpunkt der Wahl sind Entwicklungen aus der Zukunft nicht vorhersehbar. Die vielen individuellen Einstellungen aller können im Parlament kaum widerspiegelt werden, da die Parteien immer Gesamtpakete darstellen. Umfragen zeigen, dass Parteien und auch der Bundestag nicht gerade sehr großes Vertrauen in der Bevölkerung genießen.

Ein anderes Wahlrecht kann dafür sorgen, dass die Wahlentscheidung nicht nur zwischen Parteienblöcken sondern auch einzelnen Personen stattfinden kann, sodass gezielt Personen mit dem gleichen Wertekanon gewählt werden können. Auch können taktische Erwägungen, die das Wahlergebnis verzerren, minimiert werden. Eine höhere Transparenz sorgt für mehr gegenseitiges Verständnis und erschwert die ungewünschte Einflussnahme z.B. durch Lobbygruppen.

Direktdemokratische Verfahren bieten in einigen Fällen Lösungen für die Nachteile der parlamentarischen Demokratie. Diese Verfahren können eine Kontrollfunktion ausfüllen, indem sie Mehrheiten, die im Bundestag zu einzelnen Themen nicht richtig abgebildet oder ignoriert werden zum Durchbruch verhelfen. Dies führt auch zu einer anderen Kommunikation, da das Volk aus der Rolle des Bittstellers herauskommt und Parlamente schon im Voraus darüber nachdenken, ob ihre Entscheidung auch in einem Volksentscheid Bestand hätte. Das verhindert auch, dass nach



Kreide auf Papier – Dokumentation des Workshops

Regierungswechseln alle Entscheidungen der Vorgängerregierung über den Haufen geworfen werden - es stabilisiert getroffene Entscheidungen. Das kann zu einer Versachlichung der Debatte führen und die Erfahrung zeigt auch, dass es in der direkten Demokratie weniger zu Verschuldung kommt. Da auch die direktdemokratischen Verfahren Schwächen haben (Reduzierung auf Ja-Nein, Gefährdung von Minderheiten, lange Verfahren etc.), möchte der Mehr Demokratie e.V. diese als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie verstanden wissen, nicht als deren Ersatz. Eine moderne Demokratie, die Menschen für die Gestaltungsmöglichkeiten ihrer selbst begeistern will, muss es allen ermöglichen sich einzubringen und darf keine unnötigen Hürden bieten. Das verbessert schließlich auch die parlamentarische Demokratie.

An diese Analyse kann sich Dr. Christian Huesmann vom Projekt „Vielfältige Demokratie gestalten“ der Bertelsmann-Stiftung zu großen Teilen anschließen. Er beginnt seinen Vortrag mit einigen Statistiken, die aufzeigen, wie das Vertrauen in die Politik und die Wahlbeteiligung sinkt, wie unterschiedlich die Wahlteilnahme in sozialen Schichten ist und wie die Bürgerinnen und Bürger mehr Mitsprache verlangen. Er zeigt im Anschluss ein Modell, welches darauf aufbaut, dass drei Säulen für eine funktionierende Demokratie wichtig sind: Repräsentative Demokratie, Direkte Demokratie und dialogische Elemente. Wichtig ist dabei, dass sie nicht unabhängig nebeneinander stehen, sondern sich gegenseitig stützen. Das Projekt möchte Kriterien entwickeln, wie diese gegenseitige Stützung funktionieren kann und welche Stakeholder sich dafür verändern müssen. Dazu gehören das Volk selbst, Abgeordnete und die Verwaltung, die alle drei Säulen im Grunde auch mit Leben füllen müssen. Allgemein eröffnet sich die Möglichkeit gesellschaftliche Diskurse breit zu führen und Engagement zu stärken.

## Workshop: Erinnerungskultur: Wie viel Licht brauchen die Schattenseiten?

Moderation: Marie-Luise von Harlem; Mitglied des Landtags

ReferentInnen:

- Ulrike Poppe, Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD)
- Dr. Matthias Heyl; Leiter der Pädagogischen Abteilung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Protokoll: Sabine Albrecht

Was ist das Objekt	Was ist der Zweck
Idee/Konstrukt	Identifikation
Opfer/Täter	Auseinandersetzung
Rechenzentrum	Orientierung
Leben	Leben/Leben lassen
	Kollektive Identität
Historische Relevanz/Brisanz	Erinnerung wachhalten/Mahnen/Stolz
Feiertag	
Bauernhof der Großeltern	Infragestellung von Fehlentwicklungen
Recht auf vergessen?	Individuelle Positionierung
Persönlichkeiten (Goethe)	Gegenwart lesbar machen

Ziel: das was uns persönlich betrifft in politisches Handeln zu übersetzen. Was kann die bündnisgrüne Fraktion und der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen besser machen bzw. sich stärker einbringen?

Wie weit ist Erinnerungskultur Bildungsauftrag?

Mit der Art unseres Gedenkens schaffen wir Identität. Unsere Gesellschaft ist zunehmend geprägt von Migration, kollektive Erinnerungen müssten sich daher neu gestalten, da nicht nur die „deutsche Erinnerung“ uns prägt. Quasi alle Erinnerungen müssten auf den Tisch. Müssten wir nicht auch mehr über Kolonialgeschichte als Brandenburger sprechen, da wir ja auch das Leben anderer Völker geprägt haben, die bis heute noch in daraus geborenen Konflikten leben? Dieses Gedenken ist derzeit nahezu nicht vorhanden in Brandenburg.



Ulrike Poppe unterstreicht in ihrer Einführung, dass es nicht reicht, wenn Erinnerung wach gehalten wird. Für sie muss Geschichte gepflegt werden, gerade weil Erinnerungskultur auch im Hinblick bestehender Machtverhältnisse im Wandel liegt. Die Kolonialzeit ist hinter die Grauen des zweiten Weltkrieges getreten. Gerade die Migration kann uns den Spiegel zu dieser Zeit wieder vorhalten.

1. Grundkonsens – für Identitätsstiftung. Wie kann Erinnerungskultur so einen Grundkonsens schaffen? In der BRD zur Vergangenheit, dem 2. Weltkrieg gilt dies erst ab der zweiten Generation. In der DDR gab es eine verordnete Identität, diese war auch

Rechtfertigung der herrschenden Machtverhältnisse. Ein Grundkonsens fehlt. Dieser könnte z. B. auf den Menschenrechten basieren. Aus einem negativen Ereignis, lässt sich kein positives Bild entwickeln. Es müssen gleichzeitig die Menschen gezeigt werden, die Verantwortung übernommen haben. Aktuell gibt es vor allem Haftstätten als Gedenkstätten. Aber wo sind die Orte wo „Mut geboren“ wurde? Es gilt zu erfahren, was die Kraftzentren sind. „Das dürft ihr nicht vergessen“ – gerinnt zu einer Formel und kann zur Ablehnung führen.

2. Anknüpfung an das WIR und Heute, Potentiale zum Bösen schlummern in jeder Gesellschaft.
3. Vermeidung von Gegenüberstellung von Täter/Opfer, gefährlich wäre eine Aufteilung der Gesellschaft. Es müssen auch die „Grautöne“ gezeigt werden, z. B. über den Alltag. Wenn ich den Alltag ausklammere, macht das die gesamte geschichtliche Betrachtung unglaubwürdig, insbesondere wenn sich alle an diese Sachen erinnern können (z. B. Vollbeschäftigung und Kitaplätze in der DDR).

Dr. Matthias Heyl wünscht sich beim Umgang mit dem Themenkomplex drei Punkte, insbesondere von der Politik:

- Eine Stärkung des Gedächtnisses, auch der Gedenkorte Ravensbrück und Sachsenhausen
- Die Frage nach den Subjekten der Geschichte und die Einbindung derjenigen, die erinnern
- Keine Verzweckung der Erinnerungskultur anstreben

Heyl weist auch auf den Fakt der Demokratieerfahrung hin. Zur Gründung der DDR waren die Menschen nach 12 Jahren Diktatur demokratieunerfahren. Gerade (politische) Insassen der Konzentrationslager sahen die DDR als Alternative und haben den mit der Zeit entstehenden Stasi-Apparat unter diesem Aspekt toleriert. Er hinterfragt auch die Leitgedanken: Warum muss Stolz und Ermutigung vermittelt werden? Gerade Jugendliche können mit negativen Botschaften und Lehren umgehen. Was lerne ich aus der Geschichte als Jugendlicher? Das Risiko in einem Unrechtsstaat mitzumachen und Konsequenzen daraus zu tragen ist gering – siehe Strafverfolgung nach NS-Zeit oder die Bilanz des heutigen Menschenrechtsgerichtshof. Er appelliert, dass Grüne es unbequem halten und streiten sollten.

Stimmen der Debatte:

- Ein Streitpunkt ist die Frage nach einer ‚kollektive Identität‘.
- Teltow-Fläming hat viele militärische Denkmale. Diese sind im Landeseigentum und verfallen, quasi reine Täterorte, die authentisch sind. Warum darf der Begriff authentisch nicht mehr genutzt werden? Antwort: sie sind nicht mehr in der Funktion von damals, daher eigentlich nicht mehr authentisch. Man kann nur noch erahnen wie sie damals funktionierten, daher wäre ein Ersatzbegriff: historische Orte.
- Geschichte sollte man international denken.
- Opfergruppen müssen weiter benannt und ihre Geschichte aufgearbeitet werden. Wie zum Beispiel Homosexuelle während der NS-Zeit.
- Wie geht es weiter, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt?
- Sinnbildung mehr Freiraum geben und Kindern weniger vorgeben.
- Beziehung zwischen SchülerInnen und LehrerInnen bezgl. Geschichte muss hergestellt werden, meist sind Jugendliche mit der Geschichtsbildung allein. Multikulturelle Klassen bringen neue Blickpunkte.
- Wünsche an die Landtagsfraktion: Kulturentwicklungskonzeption? ; das Land kann mehr Hilfestellung/finanzielle Mittel bei kommunalen Projekten gerade zur Aufbereitung der Geschichte geben.

## Workshop: Baukultur in Brandenburg

Moderation: Andreas Rieger

Protokoll: Sonja Karas

ReferentInnen:

- Prof. Inken Baller, emeritierte Professorin für Entwerfen und Bauen im Bestand, BTU Cottbus
- Bärbel Kannenberg, stellv. Vorsitzende des Bundes Deutscher Architekten Brandenburg (BDA)
- Christian Keller, Vizepräsident der Brandenburgischen Architektenkammer, im Vorstand des BDA

In den vergangenen Jahren hat das Interesse an der Baukultur stetig zugenommen, es ist jedoch weiter schwierig das Thema zu etablieren. Der ländliche Raum ist wegen des demographischen Wandels durch Kompetenzabwanderung besonders betroffen. Gerade Deutschland tut sich auch im europäischen Vergleich schwer, im Vergleich zu z.B. Dänemark oder Österreich fehlt häufig das Verständnis für Baukultur oder ist verloren gegangen. Das Interesse an Baukultur wird im Wesentlichen von der Bundesstiftung Baukultur und Verbänden befördert.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Baukultur>

<http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/nationale-stadtentwicklung/baukultur/>

<http://www.bundesstiftung-baukultur.de/informationen/baukulturbericht.html>

Im Rahmen eines baukulturellen Prozesses müssen drei Bereiche behandelt werden:

1. Gesprächskultur (Was wollen wir?)
2. Planungskultur (Wie soll es realisiert werden?)
3. Bauprozess (Realisierung)

Die Gesprächskultur kommt dabei in den häufigsten Fällen zu kurz. In Brandenburg wurden im letzten Jahr 2 - 3 Mrd. Euro verbaut. Davon entfielen 250.000 Euro auf den allgemeinen Teil Gesprächskultur, das ist für eine demokratische Gesellschaft unangemessen wenig. Die Planungskultur wird dann auch noch häufig eher als lästiger Verhinderer der Realisierung gesehen, nicht als notwendiger und effizienter Weg zu einer erfolgreichen Umsetzung des Vorhabens. Dass dann im Bauprozess vieles schief geht, ist dann nicht mehr verwunderlich.



Die Unzufriedenheit der BürgerInnen mit der baulichen Entwicklung wird ferner durch weitere Faktoren hervorgehoben: So braucht es zum Verständnis ausgelegter Pläne oft fachliches Wissen, diese sind oft zu technisch oder es fehlt die konkrete fachliche Erläuterung. Ferner fehlt

vielen BürgerInnen die Einbeziehung in Entwicklungs- und Planungsprozesse und nicht zuletzt sind gerade Budgetüberschreitungen bei öffentlichen Bauvorhaben in negativer Erinnerung. Diese Hürden zu überwinden sollte Aufgabe einer transparenten und dialogbereiten Politik sein. Hierzu ist vor allem die oben genannte Gesprächs- und Planungskultur zu stärken.

Wie kann das Thema Baukultur von politischer Seite mehr Aufmerksamkeit erhalten?

Der Workshop konzentriert sich hier auf ein mögliches Instrument, den Gestaltungsbeirat.

[http://www.bda-bund.de/fileadmin/mediaFiles/Bundesverband/pdfs/gestaltungsbeira\\_te\\_komplett.pdf](http://www.bda-bund.de/fileadmin/mediaFiles/Bundesverband/pdfs/gestaltungsbeira_te_komplett.pdf)

Informationen zu Gestaltungsbeiräten in Brandenburg gibt es beim

BDA Landesverband Brandenburg, Dirk Bopst, Vorsitzender

Graf-von-Schwerin-Straße 2, 14469 Potsdam, [info@bda-brandenburg.de](mailto:info@bda-brandenburg.de)

Gestaltungsbeiräte arbeiten als unabhängige Beratungsinstanz für Bauämter, Verwaltungen und private Bauherren. Sie sollen durch Transparenz und externes Fachwissen in den Planungsprozess einbringen. Dazu ist wichtig, dass sie neutral und wirklich unabhängig besetzt



sind und – nach interner Beratung – öffentlich tagen. Der Beirat ist damit auch Übersetzungsinstrument zwischen den Beteiligten, in der Regel Bauherr und Planer auf der einen sowie Bauverwaltung oder Öffentlichkeit auf der anderen Seite. Er sorgt für Kommunikation und Wissensausgleich. Damit erleichtert und demokratisiert er Entscheidungen. Kosten eines Bauvorhabens können im

Voraus besser eingeschätzt und noch korrigiert werden, spätere Kostenexplosionen werden so verringert bis ausgeschlossen.

Wären nicht die Verwaltungen und gewählten VertreterInnen selbst in der Lage diese Themen zu bewältigen? Hier ist eine erodierende Fachkompetenz in Bauaufsichten, Planungs- und Bauämtern, vor allem in kleineren Gemeinden festzustellen, bei gleich-zeitigem Anstieg der Komplexität der Nutzungsanforderungen und bautechnischer wie bauorganisatorischer Erfordernisse. Schließen nun Fachfremde die Lücke, sind Fehleinschätzungen im Kostenrahmen, bautechnische und baukulturelle Mängel die Folge.

Durch Fördermittel können Gestaltungsbeiräte teilfinanziert werden. Ihre Arbeit ist jedoch meist keine Mehrausgabe, oft können sie Geld sparen und gleichzeitig zu ansprecheren, zukunftsfähigen und nachhaltigen Lebensumgebungen beitragen.

Um sie zu realisieren sind folgende Punkte zu beachten:

- Gestaltungsbeiräte müssen politisch gewollt und eingefordert werden.
- Dabei ist es wichtig, von vornherein eine offene Atmosphäre zu haben, dass keiner befürchten muss eigene Unzulänglichkeiten einzugestehen. Sie dürfen nicht als weitere

bürokratische Ebene oder störende Partei in den oft schwierigen Gestaltungsprozessen wahrgenommen werden, vielmehr liegt ihre Stärke im Aufbrechen gewohnter Denkstrukturen um zu besseren Lösungen zu kommen.

Die Grösse und Organisationsstruktur eines Gestaltungsbeirates wird sich nach Umfang und Anzahl der Beratungen richten. Während Städte wie Potsdam, Brandenburg a.d.H., Cottbus und Frankfurt (Oder) schon teilweise eigene Beiräte haben, werden für die überwiegend ländlich geprägten Räume und den engeren Verflechtungsraum (Speckgürtel) regionale Gestaltungsbeiräte sinnvoll sein.

Einen ersten Schritt in Richtung Gestaltungsbeirat sollten die Verwaltungen der Kreise und Kommunen oder die jeweiligen Parlamente (Kreistag, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen) machen. Architektenkammer und BDA stehen hier gerne beratend zur Seite.



Auch Michael Cramer macht mit seiner Mauerradtour bei der Sommerkonferenz halt. Neben einem Rundgang durch die Ateliers und Informationen zur Geschichte des Hauses lockt eine Stärkung!

## Workshop Wie können sich klamme Kommunen Kultur leisten?

Moderation: Gerd Kalinka

Protokoll: Magdalena Westkemper

Referenten:

- Dr. Stefan Neubacher, Kulturamtsleiter der Stadt Eberswalde
- Karsten Wittke, bildener Künstler, Vorsitzender von I-KU – Institut zur Entwicklung des ländlichen KulturRaums e.V.

Erfahrungsbericht aus Eberswalde:

In der Stadt Eberswalde wird die Kultur von über 50 Vereinen getragen, berichtet Dr. Stefan Neubacher, der Leiter des Eberswalders Kulturamtes. Er gibt für die ganze Debatte zu bedenken, dass größere Städte immer mehr Mittel für Kulturprojekte zur Verfügung stellen.

Politik muss jedoch die richtigen Prioritäten setzen und z.B. eine Stelle in der Verwaltung schaffen, gleichzeitig muss die Politik durch die Verwaltung eine gute Beratung bekommen, um zielgerichtet lokale

Kulturprojekte unterstützen und fördern zu können.

So sieht Neubacher die Verantwortung bei allen Beteiligten, sie müssen sich Netzwerke vor Ort zu schaffen. Dabei muss Kultur nicht viel kosten, so stellt z.B. die Stadt Eberswalde kostenfrei Biertische und Räumlichkeiten zur Verfügung.



Dr. Stefan Neubacher berichtet von der Kultur in Eberswalde.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist der Umgang mit den Akteuren, es braucht im Ort eine Offenheit für Kultur (Willkommenskultur / Klimawandel pro Kultur). So kann auch die Verwaltung durch ihre klassischen Verbreitungswege Veranstaltungen öffentlich machen und bewerben.

Können sich klamme Kommunen Kultur leisten?

„Ja!“, sagt Karsten Wittke, er wünscht sich ein Handeln nach dem Credo: Je mehr Geld Kommunen für Kultur bereitstellen, desto attraktiver wird die Region und desto mehr wird der ländliche Raum gestärkt.

Dazu sind nach Wittkes Sicht jedoch folgende Bedingungen Voraussetzung:

- Politischer Wille wie eine Anlaufstelle in der Verwaltung sind wichtig, diese ist dann auch eine wichtige Beratungsinstanz.
- Ein Ehrenamtspreis stärkt generell die Bereitschaft sich zu engagieren und ist eine wichtige Form der Wertschätzung.
- Die Kulturmittel müssen breit verteilt werden, nicht nur für Hochkultur braucht es ein Budget.
- Gleichzeitig ist Kultur an sich nicht automatisch ein hoher Kostenfaktor.
- In kleinen Kommunen sind engagierte Akteure und Netzwerke wichtig.
- Auch ohne Mittel kann Kultur entstehen, bestehende bzw. sich entwickelnde Projekte können Fördermittel ausschöpfen.
- Kunst & Kultur können ein Standortfaktor sein.



Gerd Kalinka rechnet mit Kultur in den Kommunen.



**Die Konferenz klingt an einem herrlichen Sommerabend mit einem Fest aus. Die Landesvorsitzenden Petra Budke und Clemens Rostock danken allen TeilnehmerInnen und das „Paul Teschner Love Orchestra“ spielt.**

Impressum:  
Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg  
Jägerstraße 18  
14467 Potsdam  
[info@gruene-brandenburg.de](mailto:info@gruene-brandenburg.de)  
03319793110

Fotos: Bea Schulz  
Redaktion: Ulli Reichardt